

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Glück, Dr. Bernhard, Dingreiter**, Beck, Blöchl, Breitschwert, Brosch, Brunner, Christ, Deml, Dodell, Donhauser, Ettengruber, Fischer, Haedke, Hecker, Jetz, Dr. Kempfler, Kobler, Lode, Dr. Merkl, Meyer, Pienßel, Pongratz, Pschierer, Rotter, Rudrof, Sackmann, Schweiger, Sibler, Dr. Söder, Stahl Georg, Stamm, Traublinger, Unterländer, Prof. Dr. Waschler, Weber, Welnhöfer, Dr. Wilhelm, Zeitler, Dr. Zimmermann und **Fraktion CSU**

Drs. 14/12753, 14/12959

Flughafenanbindung vom Osten und Südosten Bayerns

Die Staatsregierung wird aufgefordert, neben der schnellen Realisierung der geplanten Schienenverbindungen zum Flughafen notwendige Maßnahmen zur Flughafenanbindung vom Osten und Norden und Südosten Bayerns in den nächsten Jahren mit Nachdruck zu realisieren bzw. beim Bund einzufordern, insbesondere auch:

1. Fertigstellung der A 94 und der Flughafentangente Ost (FTO),
2. Fertigstellung der B 15 neu von Regensburg bis zur A 94,

3. Wiederaufnahme der B 15 neu Süd in den Bundesverkehrswegeplan,
4. Ausbau der B 388 mit Ortsumfahrung Erding und Anbindung an die FTO,
5. Fortsetzung des Ausbaues der B 15 alt von der A 8 bis Haag mit dem Bau der Westtangente der B 15 in Rosenheim,
6. Ausbau der Staatsstraße 2080 mit Beseitigung des Bahnüberganges in Pfaffenhofen, Umfahrung Ostermünchen, Umfahrung Grafing, Ostumfahrung Ebersberg, Umfahrung Moos/Schwaberwegen mit Anbindung an die FTO.

Der Flughafen München II ist ein bedeutender Standortfaktor für Bayern. 1992 mit 11,5 Mio. Fluggästen gestartet, liegt das Aufkommen jetzt bei rd. 25 Mio. Fluggästen. Nach der Prognose sollen es 2010: 35 und 2015: 43 Mio. Fluggäste sein. Diese Entwicklung bringt auch ein Anwachsen der Beschäftigten mit sich. In den nächsten Jahren sollen am Flughafen und seiner Umgebung bis zu 40.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Um die wachsende Zahl der Fluggäste und der Arbeitnehmer zum Flughafen zu bringen, sind neben den von der Staatsregierung bereits eingeleiteten Initiativen weitere Maßnahmen für die Anbindung von Osten und Südosten notwendig.

Der Präsident:

Böhm